



## Liebe Freundinnen und Freunde,

In der letzten Sitzungswoche fand im Deutschen Bundestag eine öffentliche Anhörung zum so genannten DigiNetz-Gesetz statt. Der Mitte Mai erstmals im Bundestag beratene Gesetzentwurf zielt darauf ab, den Ausbau digitaler Hochgeschwindigkeitsnetze voranzutreiben und Deutschland fit zu machen für den digitalen Wandel. Von diesem Wandel profitieren Wirtschaft und Gesellschaft gleichermaßen.

### INHALT

- 2 Besuchergruppen
- 3 Neues aus Berlin
- 4 Sicherheitsbehörden im Kampf gegen Terrorismus besser vernetzen
- 5 Aufarbeitung der SED-Diktatur fortsetzen
- 6 Bundestag berät neues Bauvertragsrecht
- 7 SPD-Fraktion: Menschenrechte in Burundi achten / Koalition will illegalen Handel mit Wildtieren bekämpfen
- 8 Jahresbericht des Petitionsausschusses des Bundestages / Deutsch-indische Bildungskooperation soll ausgebaut werden

Zugleich setzt die große Koalition mit dem DigiNetz-Gesetz einen weiteren Baustein ihrer Breitbandstrategie um. Die Kosten für den digitalen Netzausbau sollen spürbar geringer ausfallen und insbesondere der Glasfaserausbau beschleunigt werden. Das soll dadurch erreicht werden, dass Synergieeffekte besser genutzt werden: So müssen zukünftig bei der Erschließung neuer Verkehrswege oder Neubaugebiete Glasfaserkabel mitverlegt oder die bereits bestehenden Infrastrukturen sollen für eine umfangreiche Mitnutzung geöffnet werden.

Wenngleich der Gesetzentwurf eine gute Grundlage bildet, ist sich die große Koalition darüber einig, dass an einigen Stellen noch Optimierungen notwendig sind. Daher wurde zur Anhörung vergangene Woche bereits ein erster Änderungsantrag vorgelegt. Dieser bildet z.B. den Wunsch der Bundesländer und der Telekommunikationsbranche ab, Bauordnungsvorschriften bundeseinheitlich zu regeln. Außerdem sollen nun neben Straßenlaternen auch Ampelanlagen für die Anbieter mitnutzungsfähig sein, damit Zukunftstechnologien für größere Bandbreiten wie 5G und für automatisiertes Fahren frühzeitig ermöglicht werden können. Beides erfuhr breite Zustimmung. In einem nächsten Schritt werden die Stellungnahmen der Sachverständigen aus der Anhörung nun eingehend geprüft und bei Bedarf Ergänzungen am Gesetzentwurf vorgenommen. Ziel ist es, das Gesetz möglichst noch vor der parlamentarischen Sommerpause abschließend im Bundestag zu beraten.

### IMPRESSUM

Kirsten Lühmann, MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
kirsten.luehmann@bundestag.de





## Besuchergruppen



Vergangene Woche besuchte mich die 9. Klasse der KGS Bad Bevensen mit deren Lehrer Sebastian Gutheil im Deutschen Bundestag. (links)

Auch amerikanischer Austauschschüler vom Herzog-Ernst-Gymnasium Uelzen statteten mir in Berlin einen Besuch ab.

Zudem führte ich die 10. Klasse der BG Oberschule Hermannsburg, Außenstelle Faßberg, mit ihrer Lehrerin Bärbel Oelrichs durch die Gebäudekomplexe des Deutschen Bundestages.





## Neues aus Berlin



Letzte Woche war ich mit einigen Kollegen und Kolleginnen beim französischen Botschafter Philippe Etienne zum Frühstück eingeladen. Es war ein interessanter Meinungsaustausch zur EM, der Sicherheitslage in unseren Ländern und der EU.



Das Debattenmagazin Berliner Republik veranstaltete eine interessante Podiumsdiskussion über die Zukunft der Elektromobilität. Als Vorsitzende des Vereins habe ich die Gäste und Podiumsteilnehmer begrüßt und die spannende Debatte als Zuhörerin mitverfolgt.



## Innenpolitik

### Sicherheitsbehörden im Kampf gegen Terrorismus besser vernetzen

Am Donnerstagmorgen hat sich der Bundestag mit einem „Gesetz zum besseren Informationsaustausch bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus“ befasst.

Das Problem an der gegenwärtigen Lage ist: Bei der Aufklärung des transnational operierenden und vernetzten Terrorismus sind eine Vielzahl von Behörden – national und insbesondere auch international – tätig, deren Erkenntnisse zusammengeführt und übergreifend analysiert werden müssen.

Im Kampf gegen diesen internationalen Terrorismus ist also eine effektive Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden entscheidend. Der Entwurf des Anti-Terror-Gesetzes sieht daher unter anderem vor, den Informationsaustausch über nationale Grenzen hinweg zu verbessern.

Denn die Verhaftung von vier Verdächtigen, denen die Planung eines Terroranschlags in Düsseldorf vorgeworfen wird, hat deutlich gemacht: Deutschland ist wie andere Länder in Europa ein potenzielles Angriffsziel des islamistischen Terrors.

Das geplante Gesetz wird nun eine gesetzliche Grundlage zur Errichtung bzw. Teilnahme des Bundesamtes für Verfassungsschutz an Gemeinsamen Dateien mit ausländischen Nachrichtendiensten schaffen, was öffentliche Sicherheit und Datenschutz im internationalen Informationsausgleich gleichermaßen stärkt. Es ist außerdem vorgesehen, die Höchstdauer der innerdeutschen Gemeinsamen (Projekt-)Dateien von Polizei und Nachrichtendiensten auf fünf Jahre zu verlängern. Das wird durch zeitgemäßen IT-Einsatz unterstützt.

Auch müssen Telekommunikationsdienstleister die Identität von Prepaid-Handy-Kunden überprü-

fen. Das bedeutet, dass diese Dienstleister künftig zur zuverlässigeren Nutzeridentifizierung bei Prepaid-Kunden durch Vorlage eines Ausweisdokumentes verpflichtet werden.

Zudem soll der Einsatz verdeckter Ermittler der Bundespolizei im Kampf gegen die Schleuserkriminalität geregelt werden, und zwar – wie beim Bundeskriminalamt – bereits zur Gefahrenabwehr und nicht erst zur Strafverfolgung.

#### Freiheit und Sicherheit bedingen sich gegenseitig

Für die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten steht fest: Freiheit und Sicherheit bedingen sich gegenseitig. Das eine ist ohne das andere nicht zu verwirklichen. Deshalb setzt sich die SPD-Fraktion für einen starken Rechtsstaat ein. Schutz und Sicherheit gibt es aber nur, wenn Polizei und Justiz handlungsfähig bleiben. Nur wenn Gesetze konsequent vollzogen werden, können sie wirken.

Auf dem letzten Parteikonvent der SPD wurde daher die Forderung der Bundestagsfraktion bekräftigt: Bis 2019 sollen Bund und Länder 12.000 neue Stellen bei der Polizei schaffen. Denn Sicherheit im öffentlichen Raum zu garantieren gehört weder in die Hände privater Dienste noch der Bundeswehr. Für mehr Sicherheit brauchen wir vielmehr eine Polizei, die Präsenz zeigt, gut ausgestattet ist und die selbst vor Angriffen bei Einsätzen geschützt ist. Dafür setzen sich die Sozialdemokraten ein.



Martin Quast / pixelio.de



## Aufarbeitung der SED-Diktatur fortsetzen

Im Zeitraum der Wiedervereinigung Deutschlands wurde auch die heutige Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) gegründet. Ende Dezember 1991 trat das Stasi-Unterlagen-Gesetz in Kraft, und seit Januar 1992 machen Bürgerinnen und Bürger von ihrem Recht auf Einsicht in die Stasi-Akten Gebrauch. Auch 26 Jahre nach der Gründung der Behörde des BStU werden monatlich noch rund 5000 Anträge auf Akteneinsicht gestellt.



Stefan Emilius / pixelio.de

Im Koalitionsvertrag hatten sich SPD und Union auf eine Expertenkommission zur Zukunft der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) verständigt. Diese wurde am 4. Juli 2014 mit einem gemeinsamen Antrag der Koalitionsfraktionen und der Fraktion von Bündnis90/Die Grünen eingesetzt.

Der Abschlussbericht liegt dem Bundestag seit dem 12. April 2016 vor. Die einzelnen Handlungsempfehlungen hätten nun diskutiert und das Für und Wider abgewogen werden müssen. Der Bundestag hatte diesen Pro-

zess mit einem Fachgespräch am 27. April 2016 begonnen.

Wie zu erwarten, sind dabei bekannte Kontroversen erneut zu Tage getreten. Jetzt wäre es an der Zeit gewesen, die Kommissionsempfehlungen in der Koalition zu bewerten – selbstverständlich unter Einbezug der kritischen Stimmen. Schließlich war im Einsetzungsbeschluss zur Expertenkommission vereinbart worden, noch in dieser Legislaturperiode zu entscheiden. Diesem Weg hat sich die Union verschlossen. Die Koalition hatte sich am 31. Mai auf die Wiederwahl von Roland Jahn zum Bundesbeauftragten verständigt, die am 9. Juni 2016 im Bundestag erfolgte.

Gleichzeitig beauftragten die Koalitionsfraktionen mit einem Antrag Roland Jahn und den Präsidenten des Bundesarchivs, für die Überführung der Stasi-Unterlagen in das Bundesarchiv konzeptionell erste Schritte vorzubereiten. Die Umsetzung soll in der nächsten Legislaturperiode erfolgen.

Dabei sind unter anderem folgende Eckpunkte zu beachten:

- dauerhafter Erhalt des Stasiunterlagen-Aktenbestands sowie Sichtbarkeit der Eigenständigkeit des Stasiunterlagen-Archivs,
- Erhalt der Zugangsregelungen des Stasi-Unterlagen-Gesetzes,
- Verkürzung der Wartezeiten

In ihrem Antrag betonen die Koalitionsfraktionen zudem die Bedeutung der Aufarbeitung der SED-Diktatur und bekennen sich zur Verpflichtung, authentische Erinnerungsorte zu erhalten und das Gedenkstättenkonzept weiterzuentwickeln.



## SPD-Fraktion: Menschenrechte in Burundi achten

Nachdem sich die Lage im ostafrikanischen Staat Burundi in den vergangenen Jahren stabilisiert hatte, hat eine politische Krise insbesondere die Menschenrechtssituation im Land dramatisch verschlechtert. Internationale Partner bemühen sich um eine politische Stabilisierung, an der sich laut einem Antrag der SPD- und CDU/CSU-Fraktion auch die Bundesregierung weiterhin und verstärkt beteiligen soll. Der Antrag wurde am Donnerstag in den Deutschen Bundestag eingebracht.

1993 brach in Burundi ein Bürgerkrieg zwischen Bevölkerungsgruppen der Hutu und Tutsi aus, unter dem das Land bis heute leidet. Trauriger Höhepunkt des Konflikts war der Völkermord durch die Hutu an der Tutsi-Zivilbevölkerung. Nach dem Friedensvertrag von Arusha aus dem Jahr 2000, aus dem auch die heutige burundische Verfassung hervorgegangen ist, hatte sich die Lage im Land verbessert.

### Proteste wurden und werden gewaltsam unterdrückt

Aktuell sind diese Fortschritte nicht nur in Gefahr, sondern es gibt gerade im Hinblick auf die Menschenrechtssituation in Burundi dramatische Rückschritte. Ausgelöst wurde die derzeitige politische Krise durch die Ankündigung des amtierenden Staatspräsidenten, für eine dritte Amtszeit kandidieren zu wollen. Eine solche sieht die Verfassung aber nicht vor. Die daraufhin entstandenen Proteste werden gewaltsam unterdrückt, bürgerliche und politische Freiheiten massiv eingeschränkt. Verschleppungen, Verhaftungen und Tötungen sind die Mittel, gegen die Opposition vorzugehen, die ihrerseits Gewalt einsetzt, um ihre Interessen durchzusetzen.

Die internationale Gemeinschaft, die Vereinten Nationen und die Afrikanische Union bemühen sich um eine politische Stabilisierung, um einen erneuten Bürgerkrieg zu verhindern. Im gemeinsamen Antrag der Koalitionsfraktionen wird die Bundesregierung unter anderem aufgefordert, weiterhin gegenüber der burundischen Regierung auf Rechtsstaatlichkeit sowie Einhaltung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts zu dringen sowie sich weiterhin für einen innerburundischen politischen Dialog unter internationaler Vermittlung einzusetzen.

## Koalition will illegalen Handel mit Wildtieren bekämpfen

Der illegale Handel mit Wildtieren gefährdet die Artenvielfalt. Seit Jahren wird eine beträchtliche Zahl an Wildfängen (Naturentnahmen) für die Privathaltung nach Deutschland legal importiert. Vor allem bei Reptilien hat sich Deutschland zur Drehscheibe für den internationalen Handel entwickelt. Zwischen 2003 und 2013 wurden jährlich zwischen 320.000 und mehr als 800.000 lebende Reptilien nach Deutschland eingeführt. Aber auch Süß- und Meerwasserfische, Insekten und Spinnen sowie nicht-heimische Säugetiere werden importiert. Besonders bedenklich sind Importe von Arten, die im Herkunftsland bereits nationalen Schutzbestimmungen unterliegen, jedoch nicht international geschützt sind.

Die Koalitionsfraktionen fordern in dem Antrag „Wildtierschutz weiter verbessern – Illegalen Wildtierhandel bekämpfen“ die Bundesregierung auf, die EU-Verordnung in nationales Recht umzusetzen. Im Oktober 2014 hat die EU die „Verordnung über die Prävention und das Management der Einbringung und Ausbreitung invasiver gebietsfremder Arten“ erlassen, welche von den Nationalstaaten nun in nationales Recht umgesetzt werden muss.

Importe von „Nachzuchten“ oder „Farmzuchten“ artgeschützter Tiere sollen kritisch geprüft werden, um falsch deklarierte Wildfänge zu verhindern. Auf EU-Ebene soll sich die Bundesregierung für eine Verordnung nach dem US-Lacey Act einsetzen. Danach soll es nicht mehr erlaubt sein, solche Arten zu importieren, die in ihrem Herkunftsland zwar geschützt sind, aber dem internationalen Schutzstatus nicht unterliegen.

Im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit sollen die betroffenen Herkunftsländer bei der Antragsstellung zur Aufnahme gefährdeter Tierarten in das CITES-Abkommen zum Artenschutz unterstützt werden. Die Leitlinien zur Durchführung von Tierbörsen seien zu aktualisieren und ein Verkaufsverbot exotischer Tiere auf gewerblichen Tierbörsen solle geprüft werden, heißt es im Antrag.



## Rechtspolitik

### Bundestag berät neues Bauvertragsrecht

Am Freitagmorgen hat das Parlament einen Gesetzentwurf der Koalition zur Reform des Bauvertragsrechts und zur Änderung der kaufrechtlichen Mängelhaftung beraten.

Mit dem Gesetzentwurf wird das Werkvertragsrecht modernisiert und den Anforderungen von Bauvorhaben angepasst. Bislang ist es in erster Linie auf den kurzfris-

Rainer Sturm / pixelio.de



tigen Austausch von Leistung und Gegenleistung ausgelegt. Da sich Bauvorhaben aber oft über eine längere Zeit strecken, sehr komplex und nicht bis ins letzte Detail planbar sind, muss das neue Gesetz dafür rechtliche Grundlagen schaffen. Denn oft ändern sich die Wünsche und Bedürfnisse der Bauherren im Zeitverlauf. Das neue Gesetz soll es Bauherren und Unternehmern ermöglichen, für solche Fälle einvernehmliche Lösungen

zu finden. Die geplanten Neuregelungen erleichtern es dem Bauherrn dann, den Vertragsinhalt im Einvernehmen mit dem Bauunternehmer an seine neuen Wünsche anzupassen.

Im Vordergrund steht bei den Neuregelungen der Verbraucherschutz, die Rechte der Bauherren sollen also gestärkt werden. So sollen Bauunternehmer künftig verpflichtet sein, Verbrauchern vor Vertragsschluss eine Baubeschreibung zur Verfügung zu stellen, die bestimmten Mindestanforderungen genügt. Das ermöglicht Verbrauchern einen genauen Überblick über die

angebotene Leistung. Sie sollen in der Lage sein, die Angebote verschiedener Bauunternehmer besser vergleichen zu können.

Neu ist eine Pflicht der Parteien, im Bauvertrag eine verbindliche Vereinbarung über die Bauzeit zu treffen, das Datum der Fertigstellung soll also für alle am Bau beteiligten verbindlich gelten. Außerdem sollen Verbrau-

cher künftig das Recht erhalten, einen Bauvertrag innerhalb von 14 Tagen ab Vertragsschluss zu widerrufen. Sie haben so die Möglichkeit, ihre – regelmäßig mit hohen finanziellen Belastungen einhergehende – Entscheidung zum Bau eines Hauses noch einmal zu überdenken. Weiterhin ist das Recht beider Vertragsparteien vorgesehen, den Bauvertrag aus wichtigem Grund zu kündigen.



## Petitionen & Bildung

### Jahresbericht des Petitionsausschusses des Bundestages

Im vergangenen Jahr haben 13.137 Petitionen aus dem In- und Ausland den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages erreicht, das waren 2000 weniger als im Vorjahr. Das geht aus dem Tätigkeitsbericht des Petitionsausschusses für das Jahr 2015 hervor, der am Donnerstag im Bundestages beraten wurde.

Öffentliche Petitionen sind das einzige Element direkter Demokratie auf Bundesebene. Sie tragen politische Forderungen direkt an das Parlament heran. In dem Jahresbericht 2015 wird einmal mehr deutlich, dass viele Bürger dieses Instrument mittlerweile für sich nutzen. 31% der Petitionen erreichten den Ausschuss in elektronischer Form. Die Internetseite des Petitionsausschusses ist mit mehr als 1,8 Millionen registrierten Nutzern das mit Abstand erfolgreichste Internetangebot des Bundestages. Dass in diesem Jahr weniger Petitionen als noch im Vorjahr eingereicht wurden, begründet der Ausschuss mit der Popularität diverser Online-Kampagnen-Plattformen, die mit dem parlamentarischen Petitionsrecht konkurrieren, obwohl sie keine richtigen „Petitionsplattformen“ sind.

#### Vorteile des parlamentarischen Petitionsrechts stärker herausstellen

Der Petitionsausschuss unterscheidet sich von diesen privaten Plattformen insbesondere dadurch, dass jede beim Bundestag eingereichte Petition eine umfangreiche Prüfung durchläuft. Der überwiegende Teil der Petentinnen und Petenten wendet sich nämlich aufgrund einer meist negativen Erfahrung an den Petitionsausschuss. So gehen beim Petitionsausschuss monatlich viele hundert Eingaben ein, die direkt oder indirekt auf bestehende Mängel in Gesetzen hinweisen. Hier fungiert der Petitionsausschuss als eine Art Korrekturmechanismus, der die Bundesregierung und die Fraktionen des Deutschen Bundestages sensibilisiert und auf Missstände hinweist.

Es ist den SPD-Abgeordneten ein Anliegen, weiter Aufklärungsarbeit zu leisten und aufzuzeigen, dass es die Petition nach Artikel 17 des Grundgesetzes nur beim

Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages gibt.

Die SPD-Bundestagsfraktion wirbt dafür, das parlamentarische Petitionsrecht zu nutzen, ob in einem persönlichen Einzelfall oder für eine Anregung zur Gesetzgebung. Ein Brief an den Petitionsausschuss oder eine Online-Petition über <https://epetitionen.bundestag.de> reichen, um ein Petitionsverfahren zu starten.

### Deutsch-indische Bildungskooperation soll ausgebaut werden

Indien investiert wie kaum ein anderes Schwellenland in Bildung und Forschung und wird mit seiner gut entwickelten und ausgebauten Forschungs- und Technologielandschaft auch in den kommenden Jahren ein entscheidender Motor der Globalisierung sein. Zugleich haben sich in den vergangenen Jahren immer mehr deutsche Unternehmen in Indien angesiedelt. Im Gegenzug lassen sich auch immer mehr gut ausgebildete Inderinnen und Inder in Deutschland nieder.

Vor diesem Hintergrund begrüßen die Bundestagsfraktionen von CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen in einem gemeinsamen Antrag, dass das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) diverse Förderlinien und Programme zur Fortentwicklung der Kooperation aufgelegt hat und sich die Ausgaben des Ministeriums für die Kooperation mit Indien in den vergangenen Jahren vervielfacht haben.

#### Tiefere Verankerung der dualen Ausbildung

Gleichzeitig fordern die Parlamentarierinnen und Parlamentarier die Bundesregierung dazu auf, den Studierenden- und Wissenschaftleraustausch gerade im Bereich der Mathematik und Informatik weiter zu intensivieren, in enger Zusammenarbeit mit der DFG, der Alexander-von-Humboldt-Stiftung (AvH) und dem DAAD.

Auch die Aus- und Weiterbildungsaktivitäten, insbesondere im Bereich Energieeffizienz und erneuerbare Energien, sollen verstärkt werden, heißt es im Antrag. Ebenso plädieren die Abgeordneten dafür, in Indien für eine tiefere Verankerung der dualen Ausbildung zu werben, um zur Entwicklung einer qualifizierten Facharbeiterebene neben den traditionell sehr gut ausgebildeten Hochschulabsolventen beizutragen.

Disclaimer: Sollten Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten möchten, können Sie jederzeit eine E-Mail an [kirsten.luehmann@bundestag.de](mailto:kirsten.luehmann@bundestag.de) senden und sich aus dem Verteiler nehmen lassen.